

Mehrere Teilnehmende, allen voran Drude Dahlerup (Universität Oslo, www.quotaproject.org), bekräftigten eine dringend notwendige *fast-track policy* für das politische Empowerment von Frauen, nicht nur in Asien. Es bedürfe institutioneller Maßnahmen, um eine kritische Masse von Frauen auf verschiedenen Entscheidungsfindungsebenen in politisch stabilen Zeiten, aber auch in Transitions- und Postkonflikt-Kontexten zu etablieren – *institutions matter*. Zusätzlich müssen weitere Erfordernisse auf dem Weg hin zu einer geschlechtergerechten Demokratie erfüllt werden: eine veränderte Zusammensetzung der politischen *gatekeeper*, eine Demokratisierung und funktionierende Mehrparteiensysteme als "Arbeitsbasis", das Mainstreamen von Frauen als *femocrats* in gesellschaftliche und wirtschaftliche Entscheidungsfindungsprozesse, insbesondere in den Schaltstellen der einflussreichen Ministerialbürokratie. Abgesehen von notwendigen institutionellen Wandlungsprozessen wurde Transformationsbedarf bei den Politikerinnen selbst identifiziert: Diese sollten ihren Aktivitätsradius und ihre *agency*-Optionen kreativ und innovativ erweitern und neben so genannten parlamentarischen *women caucus* andere öffentliche Foren nutzen, insbesondere dann, wenn konventionelle Sphären die Umsetzung der eigenen Agenda durch Marginalisierung und Exklusivität verhindern.

Ein weiterer Stützpfiler sind dabei Allianzen mit der Zivilgesellschaft und die Garantie eines Rechtsstaates, vor allem im Falle von gender-diskriminierender Gesetzgebung wie den *Hudood Ordinances* in Pakistan und fehlender Umsetzung von internationalen Menschenrechtskonventionen für Frauen wie es in vielen Ländern Süd- und Südasiens der Fall ist. Eine Kooperation zwischen der *grassroots*-Ebene und den Parlamentarierinnen könne zudem *representative gaps* überwinden und Letztere in die politische Verantwortung und Interessensvertretung verstärkt einbinden. *Capacity building* für Parlamentarierinnen und Kandidatinnen war ein weiteres Schlagwort der unterschiedlichen Workshopsitzungen. Eine Forderung nach einem Mehr an gender-sensitiver Verantwortung der elektronischen und Printmedien kristallisierte sich in der Workshopsitzung *Media – Push or Pull in Politics*: Politikerinnen sollten als Rollenmodelle verstanden und vor allem auch in ihren Erfolgen präsentiert werden. Die nächste Konferenz wird 2007 in Ottawa, Kanada stattfinden.

Andrea Fleschenberg

Internationale Konferenz über "The Radicalization of Muslim Communities in Southeast Asia"

Manila-Makati, Philippines, 30.11.-02.12.2005

Organisiert von der Konrad-Adenauer-Stiftung und vom Council for Islam and Democracy

Die 2-tägige internationale Fachtagung, die im Kontext eines über einen langen Zeitraum angelegten Projekts der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Council for Islam and Democracy steht, setzte sich zum Ziel, den Ursachen für die Radikalisierung des Islams in Südostasien nachzugehen und plausible Interventionen auf nationaler und lokaler Ebene zu identifizieren, die der weiteren Radikalisierung entgegenwirken könnte. Die Stärke der Tagung war, dass sie Vertreter der philippinischen Regierung, der muslimischen Opposition in Mindanao und Vertreter der Zivilgesellschaft in Mindanao zusammenbrachte und die Erfahrungen in den Südpalippenen mit Südthailand und Indonesien verglich. Die Präsentationen waren in drei Bereiche gegliedert: Der erste Teil widmete sich der Präsentation radikaler islamischer Gruppen und Netzwerke, der zweite Block den Gründen der Radikalisierung islamischer Gesellschaften und der dritte Bereich der Frage der demokratischen Intervention

und Konfliktlösung. Die Präsentationen waren auf 7 Minuten beschränkt, sodass es genügend Raum für Diskussion gab. Indem die Tagung die unterschiedlichen Standpunkte und Positionen an einen Tisch brachte, trug sie auch zur Mediation zwischen z.T. antagonistischen Positionen der Konfliktparteien bei. Generell beherrschte die Meinung das Bild, dass sich alle Kräfte in fairen Wahlen behaupten müssen. Die Keynote wurde von General Jose Almonte gegeben, der sehr taktvoll den Ursachen der Radikalisierung islamischer Gesellschaften nachging.

Innerhalb der Diskussion ergab sich, dass wir die Radikalisierung nicht auf die terroristischen Gruppen und Netzwerke beschränken sollten, sondern dass die Radikalisierung ein weites Spektrum islamischer Gesellschaften in Südostasien abdeckt. Die Beiträge der muslimischen Vertreter aus Mindanao und Südthailand waren für die Analyse der Transformation islamischer Gesellschaften in Südostasien auch deshalb besonders wertvoll, weil sie einen Einblick in die selbstkritische Beschäftigung mit der Transformation der eigenen Gesellschaft erlaubte. Die hier vorgestellten Beiträge versuchten auch, Missverständnisse über die in islamischen Gesellschaften in Südostasien vermuteten Gewaltpotenziale auszuräumen, und betonten die Notwendigkeit von Erwachsenenbildung, der Institutionalisierung und der Ausbildung zivilgesellschaftlicher Kräfte und Organisationen (siehe z.B. Abhou Syed Lingga, Institute of Bangsamoro Studies, Cotabato City).

Als Gründe für die Radikalisierung islamischer Gesellschaften wurden insbesondere der Rahmen für internationale Politik, die militärische Intervention der Nationalstaaten sowie die Radikalisierung lokaler und transnationaler terroristischer Netzwerke ausgemacht. Die Strategie des "totalen Krieges" in den Südphilippinen und in Südthailand und die darin begangenen Menschenrechtsverletzungen in Verbindung mit der Militarisierung islamischer Gesellschaften trug ganz wesentlich zur Eskalation der Konflikte und zur Herausbildung eines islamistischen "Jihad"-Diskurses bei. Diese Perzeption der Bedrohung islamischer Gesellschaften wird durch die Expansion von Militärbündnissen, der Schwächung von Menschenrechten und zivilgesellschaftlichen Organisationen, der anti-islamischen Ausrichtung der Nationalstaaten sowie der Verschärfung der Sicherheitsgesetze erheblich verschärft. Die Sprecher betonten auch die Richtungskämpfe innerhalb islamischer Gesellschaften. So reicht das Spektrum radikaler Gruppen und Fraktionen von fundamentalistischen, pietistischen bis zu separatistischen und gewaltbereiten Bewegungen und Kräften.

"Vater" Elisio R. Mercado und Alexander Horstmann argumentierten für eine weite Auslegung des Begriffs der Radikalisierung und schlugen eine Typologie islamischer Gruppen vor und wie diese Gruppen sich ihre Beziehungen zu Nicht-Muslimen, also zu Buddhisten und Christen, vorstellen. So können islamische Kräfte zwar radikale Positionen einnehmen und grundsätzlich eine Trennung islamischer mit nicht-islamischen Bevölkerungsteilen wünschen, ohne ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen. So ist die transnationale pietistische Dawa-Bewegung Tablighi Jamaat zwar eine radikale, aber völlig gewaltlose Bewegung. Separatistische politische Organisationen in Südthailand und in den Südphilippinen meinen aber, dass Gewalt der einzige Ausweg gegen den Angriff auf ihre Kultur und Identität sei. Splittergruppen, die nur einen winzigen Teil der islamischen Gesellschaften ausmachen, suchen die Eskalation der Gewalt durch brutale Terroranschläge auf Zivilpersonen, muslimische und nicht-muslimische. Es ginge nun darum, im Bündnis mit zivilgesellschaftlichen Kräften diese extremistischen Organisationen zu isolieren.

Am zweiten Tag glänzten Amina Rasul, die Veranstalterin, sowie der ehemalige Außenminister Thailands und Abgeordnete der Demokratischen Partei Thailands mit Analysen über die Krise der islamischen Gesellschaften in den Südphilippinen und in Südthailand, Konzepte zur Überwindung der Armut und der Marginalisierung sowie Erfahrungen bzw. Forderungen

nach politischer Autonomie, die Amina Rasul und Surin Pitsuwan vor allem als vollständige politische Partizipation sehen. Amina Rasul und Surin Pitsuwan stellten die Frage der Teilnahme und der Angehörigkeit am Schicksal und der Entscheidungsfindung in den Nationalstaaten in das Zentrum ihrer Ausführungen. Beide Sprecher fühlen sich nicht nur von chauvinistischen nationalisistischen Positionen innerhalb der Nationalstaaten angegriffen, sondern auch vom "eigenen" radikalen Spektrum innerhalb der islamischen Gesellschaften.

Der Rezensent hat sehr viel von dem Austausch der Positionen des gesamten politischen Spektrums am "runden" Tisch profitiert. Er hätte sich nur eine stärkere Profilierung zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Fragen der Geschlechterverhältnisse und insbesondere eine stärkere Repräsentation von Frauen wie Amina Rasul gewünscht. Der Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung in Manila, Klaus Preschle, ist zu der gelungenen Tagung zu gratulieren. Die Präsentationen werden in einem Tagungsband zusammengefasst und werden in Kürze online unter der Adresse www.kaf.ph zur Verfügung stehen.

Alexander Horstmann

Tagung "Kultur- und Regionalwissenschaften in Deutschland und die neuen Studiengänge"

Freiburg, 15.-16.12.2005

"Droht ein Ende des interkulturellen Dialogs?" Mit diesem Szenario hatte der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 120 Vertreter der sich mit Regionen der so genannten Dritten Welt befassenden Regional- und Kulturwissenschaften am 15. und 16. Dezember nach Freiburg geladen. Tatsächlich stehen die Fächer durch Mittelkürzungen, Konzentrationsprozesse und vor allem die Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge vor teils existenzbedrohenden Herausforderungen – der Druck zur Reform bringt aber auch Chancen zur Neuaufstellung mit sich.

"Regional- und Kulturwissenschaften haben einen großen Wert an sich, sie sind eine sinnvolle Ergänzung zu bestehenden Studienbereichen", bescheinigte der Rektor der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität, Wolfgang Jäger, den Disziplinen. Er verwehrt sich gegen die "kurzsichtige politische Betrachtung", deren Angebot bloß quantitativ zu betrachten und ohne Berücksichtigung des Gesamtprofils der Universität diese an einzelnen Standorten zu konzentrieren: "Der Idee einer in Forschung und Lehre vernetzten Universitas entspricht das nicht". Während bei einigen in Deutschland nur noch selten vertretenen Fächern wie der Mongolistik eine solche Konzentration noch als "Artenschutz" dienen könne, warnte Professor Jürgen Rüländ vom Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg bei den besser aufgestellten Disziplinen vor einem "Kahlschlag". Eine mögliche negative Folge einer solchen übermäßigen Konzentration wäre, dass ein Ökonom oder Politologe mit Asienspezialisierung nur noch an Universitäten berufen werde, die auch über ein Asienzentrum verfügten.

Eine gewisse Breite soll also erhalten bleiben. Wie eine inneruniversitäre Zentrenbildung erfolgreich praktiziert werden kann, schilderte Wolfgang Jäger am Beispiel der Universität Freiburg. So sei man dabei, die Asienwissenschaften durch ein neu zu schaffendes Asienzentrum zu verankern. Weiterhin arbeite Freiburg daran, innovative internationale englischsprachige Studiengänge einzurichten. Als Beispiel für den Ansatz, nicht nur *zu*, sondern auch *mit* einer Region zu arbeiten, nannte Jäger das Institut für Völkerkunde, das mit der Gadjah Mada-Universität in Yogyakarta, Indonesien, im Tandemverfahren ein gemeinsames Lehrfor-